

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 9
Januar 1993

Ausländerfeindlichkeit in der Festung Europa

Eine ZUMA
Publikation

Einstellungen zu Fremden im europäischen Vergleich

Seit ungefähr zwei Jahren haben im Osten wie im Westen Deutschlands die gewalttätigen Übergriffe gegen Ausländer erheblich zugenommen. Die Vorkommnisse in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen sowie der Mordanschlag in Mölln bilden dabei nur die Spitze eines Eisbergs. Betroffen sind in erster Linie Asylbewerber, aber auch andere Ausländergruppen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hat auf diese extreme Form der Ausländerfeindlichkeit mit Ablehnung und Betroffenheit, ein kleiner Teil aber auch mit unverhohlener Zustimmung reagiert. Das wirft die Frage auf, ob fremdenfeindliche Einstellungen im früheren Bundesgebiet und in den fünf neuen Bundesländern weiter verbreitet sind als in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Diese Frage soll im folgenden auf der Grundlage der Umfragedaten der EUROBAROMETER empirisch beantwortet werden.

Jeder zweite Europäer empfindet die Zahl der Ausländer im eigenen Land als hoch

Im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft war im Jahr 1992 ge-

nau die Hälfte aller Befragten der Ansicht, daß in ihrem Land zu viele Menschen leben, die nicht Staatsbürger eines Landes der Europäischen Gemeinschaft sind (vgl. Graphik 1). Dagegen gaben 35 Prozent an, daß es zwar viele, aber nicht zu viele seien.

Inhalt

Ausländerfeindlichkeit
in der Festung Europa1

Sozialberichterstattung und
Wohlfahrtsmessung in Europa5

Mehr Unzufriedenheit mit
der Öffentlichen Sicherheit
im vereinten Deutschland5

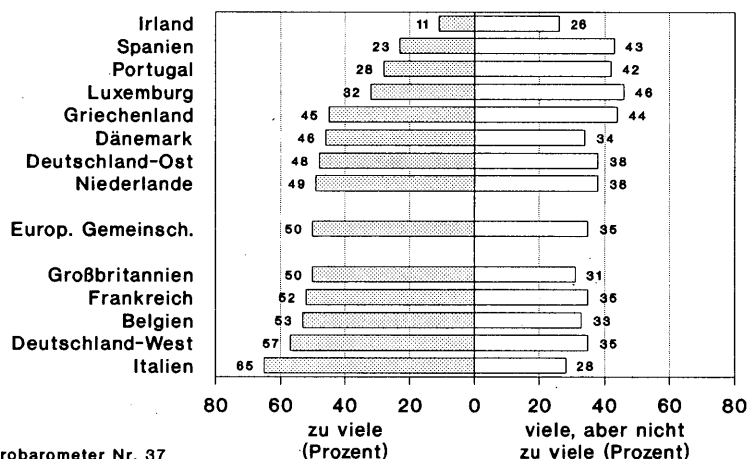
Kommunale
Sozialberichterstattung10

Lebensbedingungen in der
Europäischen Gemeinschaft
gleichen sich nur langsam an11

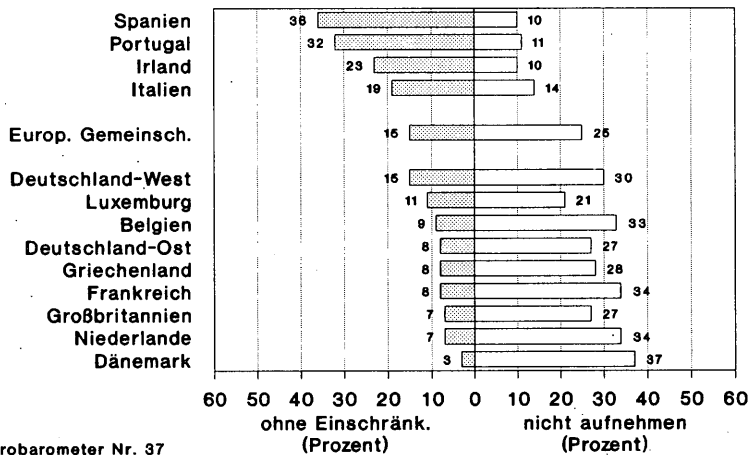
Recent Social Trends in
West Germany 1960 - 199016

Graphik 1

Einstellungen zur Zahl der Nicht-EG-Ausländer 1992



Graphik 2
Einstellungen zur Aufnahme von Menschen
aus dem südlichen Mittelmeerraum 1992



Ordnet man die Länder in umgekehrter Reihenfolge nach der Höhe des Anteils der Befragten, der die Zahl der Ausländer als zu hoch empfindet, dann liegt Westdeutschland mit 57 Prozent auf dem vorletzten Platz. Allerdings weist die frühere Bundesrepublik auch - wenn man Luxemburg einmal außer acht läßt - nach Belgien den zweithöchsten ausländischen Bevölkerungsanteil auf. Mit 48 Prozent ist im Jahr 1992 in den fünf neuen Bundesländern der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, es lebten zu viele Ausländer im eigenen Land, um zwei Prozentpunkte niedriger als der EG-Durchschnitt. Allerdings ist auch der Ausländeranteil an der Bevölkerung Ostdeutschlands vergleichsweise niedrig.

Auch bei zwei Fragen, ob im Alltag die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität oder anderer Rasse störend oder nicht störend sei, sind die Einstellungen der Bevölkerung in Westdeutschland im Jahr 1992 weniger tolerant als in den meisten anderen europäischen Ländern. Und auch in Ostdeutschland liegt der Anteil der Befragten, die die Anwesenheit von Menschen anderer Nationalität oder anderer Rasse als nicht störend empfinden, jeweils knapp unter dem Durchschnitt aller EG-Länder.

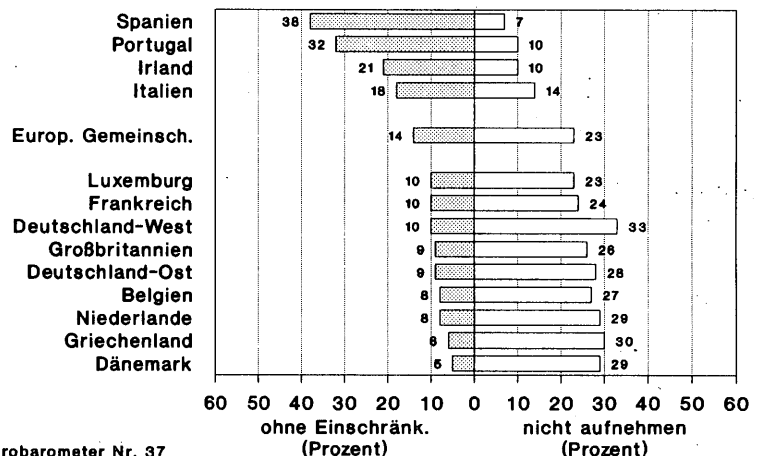
Unterschiedliche Einstellungen zu den verschiedenen Ausländergruppen in den alten und neuen Bundesländern

Auf einem vergleichsweise günstigen Mittelplatz in der Rangordnung der europäischen Länder liegen die Westdeutschen im Jahr 1992 bei der Frage nach der Aufnahme

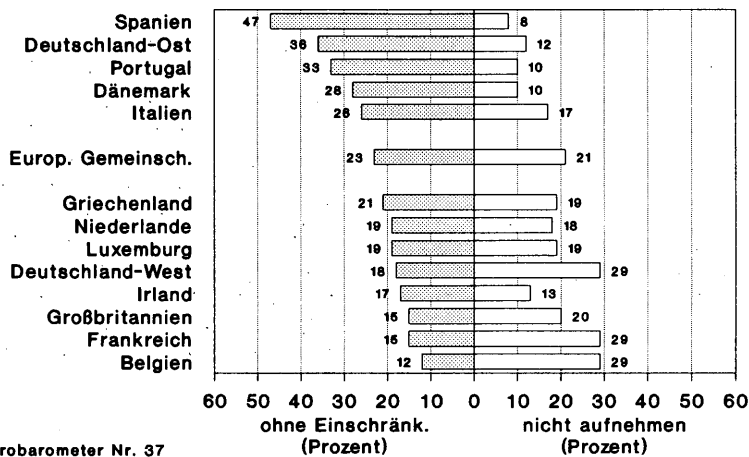
von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum, die in der Europäischen Gemeinschaft arbeiten wollen (vgl. Graphik 2). Hier schlagen die langjährigen guten Erfahrungen mit der Anwesenheit ausländischer Arbeitnehmer positiv zu Buche. Bei der ostdeutschen Bevölkerung dagegen wird die Toleranz gegenüber dieser Ausländergruppe durch die Wahrnehmung einer stärkeren Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze gemindert. Dieser Tatbestand erklärt auch die eindeutige Zunahme der Intoleranz zwischen 1991 und 1992. Dagegen haben sich in Westdeutschland die Einstellungen zur Aufnahme von Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum in diesem Zeitraum nicht verschlechtert, sondern eher polarisiert, d.h. sowohl der Anteil der Befragten, der diese Menschen ohne Einschränkungen aufnehmen würde, als auch der Anteil, der sie nicht aufnehmen würde, ist gestiegen.

Eher polarisiert als verschlechtert haben sich in der Bevölkerung Westdeutschlands auch die Einstellungen zur Aufnahme von Menschen aus osteuropäischen Ländern. Dagegen nahm in den fünf neuen Bundesländern die Ablehnung dieser Ausländergruppe ebenfalls eindeutig zu; der Befragtenanteil, der Osteuropäer ohne Einschränkungen aufnehmen würde, ist von elf auf neun Prozent gesunken und der Anteil, der sie nicht aufnehmen würde, von 23 auf 28 Prozent gestiegen (vgl. Graphik 3).

Graphik 3
Einstellungen zur Aufnahme von Menschen
aus osteuropäischen Ländern 1992



Graphik 4
Einstellungen zur Aufnahme von politischen Asylbewerbern 1992



Bei den Einstellungen zur Aufnahme von Menschen, die um politisches Asyl bitten, rangiert die Bevölkerung Westdeutschlands im Jahr 1992 nur im unteren Drittel der Rangordnung der EG-Länder (vgl. Graphik 4). Die fünf neuen Bundesländer dagegen verbesserten sich zwischen 1991 und 1992 sogar vom vierten auf den zweiten Platz.

Deutschland lebenden Ausländern wesentlich deutlicher zurück. Gemessen am Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft stellen sich die Einstellungen der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands zu den Rechten von Nicht-EG-Ausländern vergleichsweise restriktiv dar.

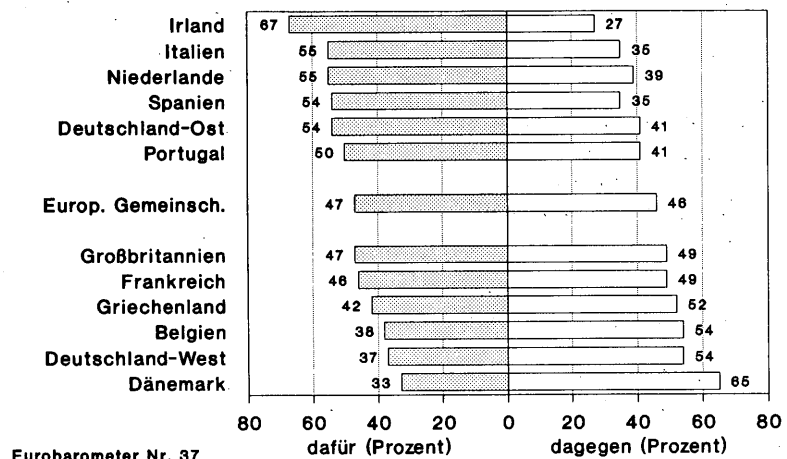
Einstellungen zu den Rechten von Ausländern in beiden Teilen Deutschlands restriktiver als im EG-Durchschnitt

So wie die subjektiven Einstellungen zur Zahl der im Land lebenden Ausländer nicht unabhängig von der Größe des ausländischen Bevölkerungsanteils sind, so beeinflusst das jeweils geltende Ausländerrecht auch die Einstellungen zu den Rechten der im Land lebenden Ausländer. Auf die Frage nach der Ausweitung oder Einschränkung der Rechte von Nicht-EG-Ausländern haben 1991 in Westdeutschland 12 Prozent der Befragten angegeben, sie sollten ausgeweitet werden und 39 Prozent waren dafür sie einzuschränken. Während der Befragtenanteil, der eine Ausweitung befürwortete, konstant blieb, stieg 1992 der Anteil der Befragten, der eine Einschränkung wünscht, auf 43 Prozent. In den fünf neuen Bundesländern ging die Liberalität der Einstellungen zu den Rechten von in

Wesentlich konkreter als die Frage nach der Ausweitung oder Einschränkung der Rechte von Nicht-EG-Ausländern ist die Frage nach dem Kommunalwahlrecht von Ausländern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Zugleich trägt diese Frage dem Umstand Rechnung, daß sich EG-Ausländer im Vergleich zu Nicht-EG-Ausländern in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft in einer ungleich besseren Rechtsposition befinden und in aufenthalts- und arbeitsrechtlicher Hinsicht Inländern weitgehend gleichgestellt sind.

Im Jahr 1992 sind im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft die Anteile der Befragten, die sich für bzw. gegen ein Kommunalwahlrecht von Ausländern aussprechen, fast gleich groß (vgl. Graphik 5). An der Spitze der EG-Länder steht Irland, wo zwei Drittel der Befragten dem Wahlrecht von Ausländern zustimmen. Das Schlußlicht in der Rangordnung der Europäischen Länder bildet Dänemark, wo lediglich ein Drittel dafür ist. Die Bevölkerung der früheren Bundesrepublik liegt hier wiederum nur auf dem vorletzten Platz: lediglich 37 Prozent der Befragten sind für das Kommunalwahlrecht von Ausländern, mit 54 Prozent aber mehr als die Hälfte dagegen. Im Osten Deutschlands liegt die Zustimmung zum Kommunalwahlrecht von Ausländern über dem Durchschnitt aller EG-Länder: 54 Prozent der Befragten in

Graphik 5
Einstellungen zum Kommunalwahlrecht von Ausländern 1992



den fünf neuen Bundesländern sind dafür und 41 Prozent dagegen.

Ablehnung von Fremden in der Europäischen Gemeinschaft stärker als die Akzeptanz

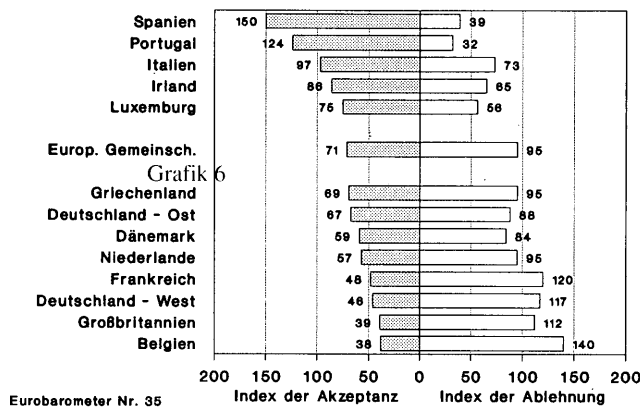
Die Anteile der Befragten, die Menschen aus dem südlichen Mittelmeerraum und aus Osteuropa sowie politische Asylbewerber, ohne Einschränkungen aufnehmen wollen sowie der Anteil, der die Rechte von Nicht-EG-Ausländern ausweiten will, können zu einem Index der Akzeptanz von Fremden zusammengefaßt werden. Auf die gleiche Weise kann durch Addition der jeweiligen Befragtenanteile, die diese Menschen nicht aufnehmen würden und des

Anteils, der für eine Einschränkung der Rechte von Nicht-EG-Ausländern plädiert, ein Index der Ablehnung von Fremden konstruiert werden. Beide Indizes können theoretisch Werte zwischen 0 und 400 annehmen. Im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft war 1991 mit einem Indexwert von 95 die Ablehnung von Fremden stärker ausgeprägt als die Akzeptanz, die einen Wert von 71 aufwies (vgl. Graphik 6a). Im Verlauf eines Jahres hat die Akzeptanz von Fremden leicht abgenommen, dagegen ist der Index der Ablehnung zwischen 1991 und 1992 um acht Punkte gestiegen (vgl. Graphik 6b).

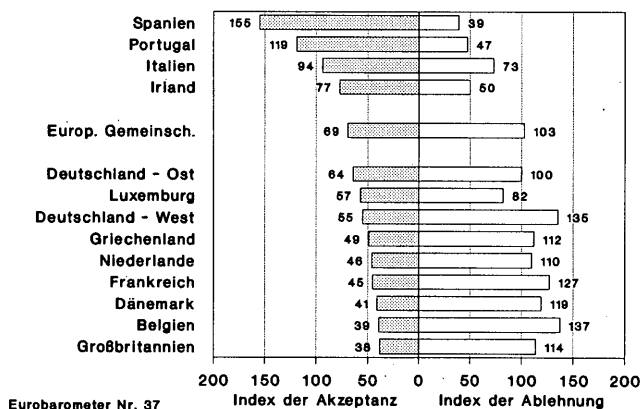
Im Osten Deutschlands liegt der Index der Akzeptanz von Fremden im Jahr 1991 mit einem Wert von 69 knapp unter dem durch-

schnittlichen Indexwert aller Länder der Europäischen Gemeinschaft und geht bis 1992 etwas stärker zurück als der EG-Durchschnitt. Allerdings nimmt auch der Index der Ablehnung von Fremden in Ostdeutschland etwas schwächer zu als im Durchschnitt aller EG-Länder. Im Westen Deutschlands weisen die beiden Indizes der Einstellung zu Fremden eine sowohl vom EG-Durchschnitt als auch von Ostdeutschland abweichende Entwicklung auf. Während sich im Durchschnitt aller Länder der Europäischen Gemeinschaft und in den fünf neuen Bundesländern die Einstellungen zu Fremden zwischen 1991 und 1992 verschlechtert haben, fand in der früheren Bundesrepublik im gleichen Zeitraum eine Polarisierung der Einstellungen statt: sowohl die Werte des Index der Akzeptanz als auch des Index der Ablehnung von Fremden sind gestiegen.

Graphik 6a
Akzeptanz und Ablehnung von Fremden 1991



Graphik 6b
Akzeptanz und Ablehnung von Fremden 1992



Ausländerfeindlichkeit in der Europäischen Gemeinschaft erzeugt politischen Handlungsbedarf

Ohne Zweifel gibt es in beiden Teilen Deutschlands wie in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft Ausländerfeindlichkeit, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt ist und einen zum Teil dringenden politischen Handlungsbedarf erzeugt. Im europäischen Vergleich erweisen sich Spanien, Portugal, Italien und Irland als vergleichsweise fremdenfreundlich eingestellte Länder. Allerdings handelt es sich dabei auch um Länder mit relativ niedrigem ausländischen Bevölkerungsanteil. Die frühere Bundesrepublik zählt dagegen zu den weniger tolerant eingestellten Ländern. Im Osten Deutschlands stellt sich die Situation dagegen uneinheitlich dar. Bei verschiedenen Aspekten der Einstellung zu Fremden - beispielsweise bei der Aufnahme politischer Asylbewerber - ist die Bevölkerung in den neuen Bundesländern wesentlich fremdenfreundlicher eingestellt als der Durchschnitt der EG-Länder. Bei anderen Aspekten wiederum - wie den Rechten von Nicht-EG-Ausländern - sind die Einstellungen der ostdeutschen Bevölkerung weniger tolerant als im EG-Durchschnitt.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)

Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsmessung in Europa

Veranstaltungen der Sektion „Sozialindikatoren“ auf dem Deutschen Soziologentag

Die Sektion „Sozialindikatoren“ in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie führte auf dem 26. Deutschen Soziologentag vom 28. September bis 2. Oktober 1992 in Düsseldorf zwei Veranstaltungen durch. Die Themen der beiden Sektionsveranstaltungen lauteten „Sozialberichterstattung in Europa“ sowie „Wohlstand und Wohlfahrt im europäischen Vergleich“ und waren damit unmittelbar an dem Generalthema des Soziologentages „Lebensverhältnisse und Soziale Konflikte im neuen Europa“ ausgerichtet. Geleitet wurden die beiden Sektionsitzungen vom Sprecher der Sektion Prof. Dr. Wolfgang Glatzer (Frankfurt).

Die erste Veranstaltung der Sektion „Sozialindikatoren“ zum Themenbereich „Sozialberichterstattung in Europa“ begann mit einem Vortrag von Karlheinz Reif (Brüssel) über die Öffentliche Meinung in und über Europa wie sie sich in den Umfragen des EUROBAROMETER darstellt. Anschließend diskutierte Elisabeth Noelle-Neumann (Allensbach) das Thema Europa in der öffentlichen Meinung auf der Grundlage verschiedener Umfragen des Instituts für Demoskopie. Erich Wiegand (Mannheim) analysierte auf der Basis ausgewählter Umfragedaten die aktuellen Einstellungen zu Fremden in Deutschland und das Ausmaß der bestehenden Fremdenfeindlichkeit im europäischen Vergleich.

Im zweiten Teil dieser Sektionsitzung stellte zunächst Peter Ph. Mohler (Mannheim) das International Social Survey Programme (ISSP) vor und Joachim Vogel (Stockholm) berichtete über die aktuellen Entwicklungen der Sozialberichterstattung und Wohlfahrtsmessung in den skandinavischen Ländern. Schließlich referierte Roy Panagiotopoulos (Athen) über die von der allgemeinen Entwicklung in Europa abweichenden Beschäftigungstendenzen in Griechenland.

Die zweite Veranstaltung der Sektion „Sozialindikatoren“ zum Themenbereich „Wohlstand und Wohlfahrt im europäischen Vergleich“ wurde eingeleitet von Wolfgang Zapf (Berlin) mit einem Vortrag über die gegenwärtigen Tendenzen der Wohlfahrts-

entwicklung und Modernisierung sowie den Folgen der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Osteuropa. Anschließend entwickelte Stefan Hradil (Mainz) Thesen über Modernisierungsvorsprünge und nationale Besonderheiten in den verschiedenen Ländern Europas. Die methodologischen und methodischen Probleme der Messung von Armut in Europa diskutierte Brigitte Buhmann (Bern).

Im zweiten Teil dieser Sektionsitzung stellte zunächst Heinz-Herbert Noll (Mannheim) ausgewählte Aspekte der Lebensbedingungen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft im empirischen Vergleich dar. Dieter Bögenhold (Bielefeld) berichtete über empirische Ergebnisse aus dem Bereich der Erwerbsarbeit im europäischen Vergleich. Zum Abschluß diskutierte Walter Müller (Mannheim) die Entwicklung der Ungleichheit der Bildungschancen im europäischen Vergleich. Es ist beabsichtigt, die Vorträge der beiden Sitzungen der Sektion „Sozialindikatoren“ in einem gesonderten Tagungsband zu veröffentlichen.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)

Mehr Unzufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit im vereinten Deutschland

Eine Zusammenstellung objektiver und subjektiver Indikatoren zur Kriminalität

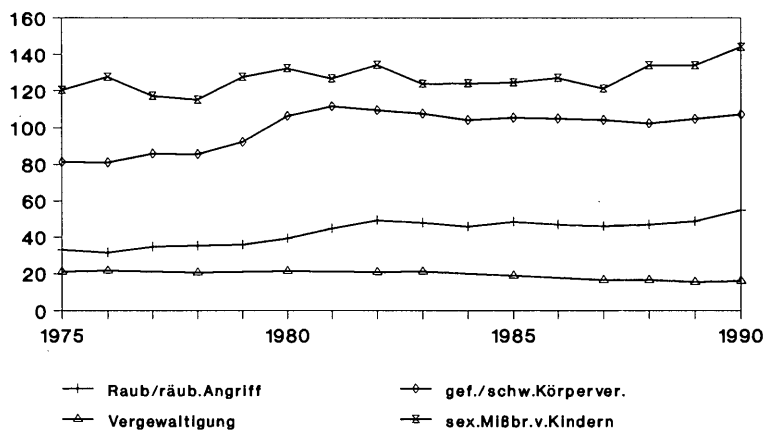
In jeder Gesellschaft ist ein gewisses Ausmaß von Kriminalität normal. Steigt die Kriminalität jedoch ungewöhnlich oder stetig an, so kann dies als Indikator für eine Beeinträchtigung der Lebensqualität angesehen werden. Die Beschreibung der Sicherheitslage durch die amtliche Kriminalberichterstattung reicht jedoch zur Beurteilung der Wohlfahrtsminderung durch Kriminalität nicht aus. Die Zufriedenheit der Bürger mit dem Schutz vor Kriminalität, die Beunruhigung über Kriminalität sowie das Gefühl persönlicher Bedrohung sind dafür ebenfalls von Bedeutung. Die Gegenüberstellung objektiver und subjektiver Indikatoren der Kriminalität zeigt, daß die Wahrnehmung der Öffentlichen Sicherheit nicht in Übereinstimmung mit der Entwicklung und Verteilung der faktischen Kriminalitätsbelastung stehen muß.

Im folgenden soll zunächst die Entwicklung der objektiven Kriminalitätsbelastung anhand ausgewählter wohlfahrtsrelevanter Delikte seit Mitte der 70er Jahre skizziert und dann dem subjektiven Sicherheitsgefühl, d.h. der Zufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit sowie der Furcht vor Kriminalität, gegenübergestellt werden. Im Anschluß daran werden auf der Grundlage der Studie „Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik“ des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) und der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) für 1990 subjektive Kriminalitätswahrnehmungen in ausgewählten Deliktbereichen dargestellt

und genauer analysiert. Abschließend wird die subjektive Wahrnehmung der Öffentlichen Sicherheit in Ost- und Westdeutschland verglichen.

Betrachtet man die Kriminalitätsbelastung unter dem Aspekt persönlicher Sicherheitsbedürfnisse, dann fallen darunter hauptsächlich solche Vergehen, die die körperliche Unversehrtheit, die Privatsphäre oder den persönlichen Besitz bedrohen. Derartige Delikte fallen unter die strafrechtlichen Kategorien Raub, gefährliche oder schwere Körperverletzung, sexuelle Gewalt und sexuellen Mißbrauch, aber auch Wohnungseinbruch und Diebstahl.

Graphik 1
Bedrohung durch Gewalt- u. Sexualdelikte



Erfasste Fälle auf 100.000 Einwohner, Frauen, Kinder (Häufigkeitsziffern)
Quelle: PKS, eigene Berechnungen

Objektive Belastung durch Kriminalität seit 1975 gestiegen

Wie aus Graphik 1 ersichtlich, hat sich in der Bundesrepublik die Zahl der auf die Einwohner bezogenen Fälle von Gewalt- und Sexualverbrechen unterschiedlich entwickelt. Bis Anfang der 80er Jahre stiegen die Häufigkeitsziffern für gefährliche oder schwere Körperverletzung beziehungsweise Raub oder räuberischen Angriff von Jahr zu Jahr, danach fluktuieren sie bis 1989 um ein gleichbleibendes Niveau und nehmen erst 1990 wieder deutlich zu. Über den ganzen Zeitraum ist das Risiko eines schweren körperlichen Angriffs ungefähr zweimal so groß, wie das beraubt zu werden. Insgesamt hat sich seit Mitte der 70er Jahre das Risiko beraubt zu werden annähernd verdoppelt und die Gefährdung durch Körperverletzung ist um 25 Prozent gestiegen. Kamen 1975 auf 100.000 Einwohner 33 Raub- bzw. 81 Körperverletzungsdelikte, so waren es 1990 56 beziehungsweise 107 Fälle.

Insgesamt liegt das statistische Risiko der männlichen Bevölkerung, Opfer eines Gewaltdeliktes zu werden über dem der weiblichen, das der Jüngeren über dem der Älteren. Abgesehen vom Delikt des Handtaschenraubs werden zum Beispiel fast zweimal so viele Männer wie Frauen beraubt, bei Körperverletzungsdelikten liegt das objektive Risiko der Männer sogar um das Vierfache über dem der Frauen.

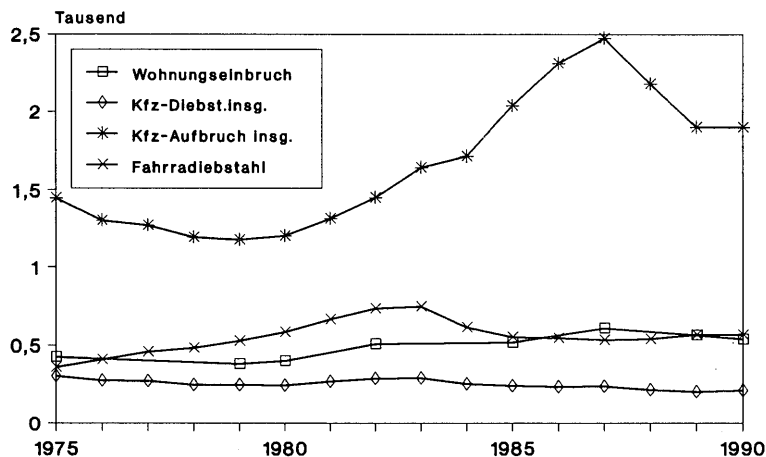
Die Gefährdung der weiblichen Bevölkerung durch Vergewaltigung hat sich im Verlauf der Zeit kaum verändert und ist seit 1985 sogar leicht rückläufig. Im Jahr 1975 kamen auf 100.000 Frauen noch 21 Fälle von sexueller Gewalt, bis Ende der 80er Jahre ist diese Zahl auf 15 gesunken. Erheblich höher ist demgegenüber das Niveau der Gefährdung von Kindern durch Sexualvergehen. Im Durchschnitt der letzten 15 Jahre kamen pro Jahr auf 100.000 Kinder unter

14 Jahren etwa 127 Fälle sexuellen Mißbrauchs. Gerade bei den Sexualdelikten ist jedoch mit einem großen Dunkelfeld zu rechnen, die Daten sind daher mit entsprechender Unsicherheit behaftet.

Belastung durch Diebstahl übertrifft Gewaltopferisiken

Diebstahlsdelikte bestimmen zwischen 1975 und 1990 mit rund 60 Prozent aller in der polizeilichen Kriminalstatistik erfaßten Fälle die Gesamtkriminalität quantitativ maßgeblich. Betrachtet man die Belastung im Längsschnitt, so haben sich die Häufigkeitsziffern deliktenspezifisch verschieden entwickelt. Wie aus Graphik 2 ersichtlich sind Diebstähle von Kraftfahrzeugen bis 1989 tendenziell rückläufig und nehmen erst 1990 wieder zu. 1975 kamen auf 100.000 gemeldete Fahrzeuge 302 Fälle, 1989 noch 200 und 1990 wieder 210. Fahrraddiebstähle steigen bis 1983 kontinuierlich an, sinken bis Mitte der 80er Jahre wieder auf das Niveau von 1979/80 und fluktuieren seitdem um rund 550 Fälle auf 100.000 Einwohner. Die Häufigkeitszahl schwerer Wohnungseinbrüche steigt bis 1987 auf über 600 Fälle an und nimmt seither ab. 1990 waren von 100.000 Privathaushalten 539 betroffen. Dominierend bei den Eigentumsdelikten ist der Diebstahl in und aus Kraftfahrzeugen mit Häufigkeitsziffern, die sich zwischen 1000 und 2000 bewegen; zeitweise macht der Fahrzeug-

Graphik 2
Belastung durch Eigentumsdelikte



Erfasste Fälle auf 100.000 Haushalte, gemeldete Kraftfahrzeuge, Einwohner
Quelle: PKS, eigene Berechnungen

Tabelle 1: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit und Kriminalitätsfurcht im Zeitverlauf

| | 1975 | 1978 | 1982 | 1984 | 1987 | 1988 | 1990 | 1991 | 1992 |
|-----------------------|------|------|------|------|------|------|------------|------------|------------|
| | % | % | % | % | % | % | % | % | % |
| Öffentl. Sicherheit | | | | | | | | | |
| Sehr / eher zufrieden | | 44 | | 47 | | 58 | 64 (58) | 59 (15) | 48 (10) |
| Kriminalitätsfurcht | | | | | | | | | |
| ja | 50 | | 35 | | 36 | | 31 | | 36 (49) |

Datenbasis und Quellen:

1978, 1984, 1988: Wohlfahrtssurvey; Frageformulierung "Wie zufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Öffentlichen Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität?" Zufriedenheitsskala von 0 - 10, hier: 6 - 10 = "sehr / eher zufrieden".

1990 - 1992: IPOS Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik; Frageformulierung "Bitte sagen Sie uns wie zufrieden Sie mit folgenden gesellschaftlichen Bedingungen ... sind. Sind Sie mit ... sehr zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?", u.a. erfragt: "... Schutz der Bürger vor Kriminalität"; hier ausgewiesen "sehr + eher zufrieden".

1975: Institut für Demoskopie; 1987: Studie Nr. 1587 des Zentralarchivs Köln; 1982, 1990, 1992: ALLBUS; Frageformulierung "Gibt es eigentlich hier in der unmittelbaren Nähe – ich meine so in einem Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht alleine gehen möchten?". Angaben für die DDR bzw. Ostdeutschland jeweils in Klammern.

aufbruch ein Viertel aller insgesamt erfaßten Diebstahlsdelikte aus.

Grundsätzlich gilt, daß die objektive Gefahr Opfer eines Diebstahls zu werden, das Viktimisierungsrisiko durch Gewaltkriminalität erheblich übertrifft. Sowohl Eigentums- wie Gewaltdelikte nehmen mit wachsender Gemeindegröße zu. Gemessen an den Häufigkeitsziffern ist die Belastung durch Kriminalität in Großstädten ab 500.000 Einwohnern ungefähr dreimal so groß wie in Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, was u.a. auf die geringere soziale Kontrolle und ausgeprägtere Anonymität sowie die Häufung von Tatobjekten- und Gelegenheiten zurückzuführen ist. Umfang, Entwicklung und Verteilung der polizeilich registrierten Kriminalität sind insgesamt nicht nur das Ergebnis kriminellen Verhaltens, sondern werden auch von Faktoren wie der Anzeigebereitschaft, polizeilichen Erfassungsmodalitäten oder Strafrechtsänderungen beeinflusst.

Zufriedenheit mit Öffentlicher Sicherheit bis 1990 gestiegen

Ob die Veränderungen der objektiven Kriminalitätsbelastung Auswirkungen auf die Kriminalitätswahrnehmung der Bevölkerung hatte, von der die überwiegende Mehrheit über keine direkten Opfererfahrungen verfügt und nur mittelbar durch die Medien oder persönliche Kommunikation über kriminelles Verhalten oder die Opfer von Kriminalität erfährt, zeigt Tabelle 1.

Entgegen der verbreiteten Annahme, daß ein allgemeiner Kriminalitätsanstieg die Bevölkerung verunsichere, hat die Zufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit seit Mitte der 70er Jahre zu- und die Kriminalitätsfurcht abgenommen. Waren bis 1984 weniger als die Hälfte der Bundesbürger mit der Öffentlichen Sicherheit sehr oder zumindest eher zufrieden, so ist dieser Anteil bis 1990 auf 64 Prozent gestiegen. Im gleichen Zeitraum hat die Furcht vor persönlich verletzender, gewaltsamer Straßenkriminalität, wie vor allem Raub-, Körperverletzungs- und Sexualdelikten, abgenommen. Gaben 1975 noch 50% der Befragten an, daß es in der unmittelbaren Nähe ihrer Wohnung eine Gegend gibt, in der sie sich nachts allein unsicher fühlen, so ist dieser Anteil bis 1982 auf 35% gesunken und liegt seitdem bei rund einem Drittel.

Während die objektive Bedrohung durch Kriminalität im Verlauf der letzten 15 Jahre zunahm, ist die Unzufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit ebenso wie die Furcht vor gewaltsamer Straßenkriminalität im selben Zeitraum gesunken. Die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität scheint somit weniger von einem globalen Kriminalitätsanstieg und einer zumeist auf einzelne spektakuläre Straftaten konzentrierten, überregionalen Medienberichterstattung beeinflusst, als allgemein angenommen wird. Wahrscheinlich haben auch viele Bundesbürger im Verlauf der Zeit gelernt, durch entsprechende Verhaltensweisen mit einem gewissen Ausmaß objektiver Belastung und subjektiver Bedrohung ge-

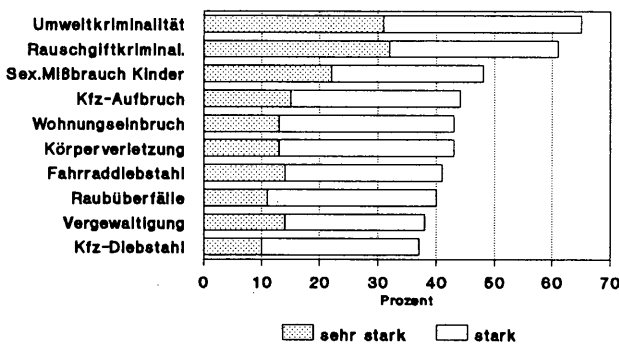
rade im überschaubaren Bereich der engeren Wohnumgebung umzugehen, ohne darin eine Minderung ihrer Lebensqualität zu sehen.

Beunruhigung durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität weit verbreitet

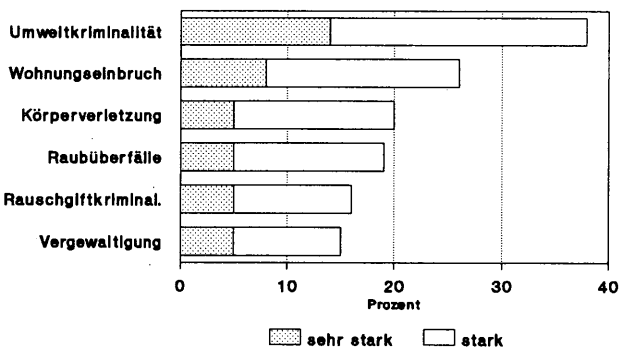
Auf die unterschiedliche Wahrnehmung zwischen einer primär das Gemeinwesen belastenden und einer direkt die persönliche Sicherheit bedrohenden Kriminalität, weisen die Ergebnisse der IPOS-Studie von 1990 hin, in der nach der allgemeinen Beunruhigung und persönlichen Bedrohung durch verschiedene Formen der Kriminalität gefragt wurde.

Wie Graphik 3 verdeutlicht, sind über 60 Prozent der Befragten sehr stark oder zumindest stark beunruhigt durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität. Diese vergleichsweise hohe Beunruhigung könnte ein Hinweis darauf sein, daß die Lebensqualität zunehmend auch durch solche Formen der Kriminalität beeinträchtigt werden könnte, die aus dem herkömmlichen Spektrum wohlfahrtsrelevanter Gewalt- und Eigentums-kriminalität herausfallen und für die nur geringe individuelle Vermeidungsstrategien zur Verfügung stehen. Die starke Beunruhigung durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität wird auch durch die Wichtigkeitseinstufung der Bereiche „Wirksamer Umweltschutz“ und „Kampf gegen Rauschgift“ anhand einer in derselben Studie vorgegebenen Liste politischer Aufga-

Graphik 3
Allgemeine Beunruhigung durch verschiedene Formen der Kriminalität



Persönliche Bedrohungswahrnehmung durch verschiedene Formen der Kriminalität



Datenbasis: IPOS, Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990

ben und Ziele unterstrichen. 74 bzw. 71 Prozent der Befragten sehen darin sehr wichtige Themen, während das eher auf die klassischen Deliktbereiche gerichtete Item der „Verbrechensbekämpfung“ für 58 Prozent der Befragten ähnlich wichtig ist.

Durch Fahrzeugdelikte, Einbruch, Körperverletzung, Raub oder Vergewaltigung fühlen sich 37 bis 43 Prozent der Bundesbürger in starkem Maße beunruhigt. Fast die Hälfte der Befragten ist besorgt über sexuellen Mißbrauch von Kindern. Frauen sind mit Ausnahme der Kraftfahrzeugdelikte und der Körperverletzung insgesamt stärker beunruhigt als Männer. Besonders deutlich sind die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Bereich sexueller Gewalt.

Wohnungseinbruch erscheint nach Umweltkriminalität besonders bedrohlich

Inwiefern die Befragten sich durch bestimmte Formen der Kriminalität persönlich bedroht fühlen, zeigen wiederum Ergebnisse der IPOS Umfrage von 1990. Wie Graphik 3 dokumentiert, ist das Ausmaß persönlicher Bedrohung über alle erfragten Vergehen erheblich geringer als die allgemeine Beunruhigung. Jedoch übertrifft auch hier die Furcht vor Umweltdelikten mit 38 Prozent alle anderen Kriminalitätsformen deutlich. Rauschgiftkriminalität wird von 16 Prozent der Befragten als zumindest stark bedrohlich angesehen und liegt sogar vor der Bedrohung durch sexuelle Gewalt. Im Falle der Rauschgiftkriminalität dürften die

antizipierte Gefährdung von eigenen Kindern durch Drogen sowie die Furcht vor bestimmten Formen der Beschaffungskriminalität eine erhebliche Rolle spielen.

Entsprechend dem im Vergleich zu Gewalt- oder Sexualdelikten auch statistisch höheren Risikos, steht bei etwas mehr als einem Viertel der Befragten die Wahrnehmung einer persönlichen Bedrohung durch Wohnungseinbruch im Vordergrund. Vor Raubüberfällen und Körperverletzung fürchten sich immerhin rund ein Fünftel der Befragten. Es ist anzunehmen, daß auch bei der Einschätzung der Sicherheit der eigenen Wohngegend neben der Furcht vor gewaltsamer Straßenkriminalität, der Einbruch ein zusätzliches Bedrohungspotential darstellt.

Frauen und ältere Menschen besonders furchtsam

Trotz geringerem objektiven Risiko fühlen sich, wenn auch nur geringfügig, mehr Frauen durch Raub- und Körperverletzungsdelikte persönlich bedroht als Männer (Tabelle 2). Zwischen objektiver Gefährdung und subjektiver Bedrohung besteht damit ein deutliches Mißverhältnis. Auch die Sicherheit der Wohnumgebung schätzen Frauen geringer ein als Männer. Eine allgemeine Furcht vor Kriminalität äußern im ALLBUS 1990 fast 45 Prozent der Frauen gegenüber 16 Prozent der Männer.

Eine Erklärung für die größere Furcht der Frauen ist sicherlich in der antizipierten Bedrohung durch sexuelle Gewalt zu finden. Rund ein Fünftel aller weiblichen Befragten fürchten sich 1990 vor Vergewaltigung, darunter 27 Prozent der Frauen im Alter von 30 bis 44 Jahren und sogar 39 Prozent der Frauen unter 30 Jahren. Die Bedrohungswahrnehmung durch Vergewaltigung übertrifft in diesen Altersgruppen die Furcht vor allen anderen Delikten erheblich. Daß überraschenderweise auch 6 Prozent der Männer Furcht vor sexueller Gewalt äußern, läßt sich vermutlich damit erklären, daß sie sich in diesem Fall um die eigene Partnerin, um Töchter oder sonstige nahestehende weibliche Personen sorgen.

Durch Einbruch und Raub fühlen sich die Befragten über 60 Jahre fast zweimal so häufig persönlich bedroht wie die unter 30jährigen, während bezüglich der Körperverletzung die Bedrohungswahrnehmung über alle Altersgruppen kaum variiert. Auch

Tabelle 2: Persönliche Bedrohungswahrnehmung durch ausgewählte Delikte und Kriminalitätsfurcht 1990

| | Wohnungs- einbruch | Raub- überfall | Körper- verletzung | Vergewal- tigung | Kriminalitäts- furcht |
|----------------|-----------------------|-------------------|-----------------------|---------------------|--------------------------|
| Insgesamt | 26 | 19 | 20 | 15 | 31 |
| Geschlecht: | | | | | |
| Männer | 24 | 18 | 18 | 6 | 16 |
| Frauen | 30 | 20 | 21 | 21 | 45 |
| Alter: | | | | | |
| 18 - 29 Jahre | 17 | 14 | 21 | 39* | 32 |
| 30 - 44 Jahre | 27 | 17 | 20 | 27* | 30 |
| 45 - 59 Jahre | 28 | 20 | 17 | 15* | 28 |
| 60 u.m. Jahre | 33 | 25 | 21 | 12* | 33 |
| Gemeindegröße: | | | | | |
| unter 20.000 | 18 | 12 | 13 | 19* | 19 |
| 20 - 100.000 | 27 | 16 | 20 | 19* | 30 |
| 100 - 500.000 | 28 | 25 | 25 | 24* | 39 |
| über 500.000 | 41 | 29 | 27 | 26* | 45 |

Datenbasis: IPOS Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik 1990; Frageformulierung: "Wie stark fühlen Sie sich durch die folgenden Kriminalitätsformen persönlich bedroht?"; Antwortalternativen "sehr stark", "stark", "etwas", "gar nicht"; hier ausgewiesen die Prozentanteile "sehr stark + stark". ALLBUS 1990: "Gibt es hier in der unmittelbaren Nähe – ich meine so im Umkreis von einem Kilometer – irgendeine Gegend, wo Sie nachts nicht allein gehen möchten?"; hier ausgewiesen der Prozentanteil derjenigen, die Kriminalitätsfurcht bejahen; * nur Frauen

bei der Kriminalitätsfurcht sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen gering, jedoch wird unter Kontrolle des Geschlechts deutlich, daß Frauen unter 45 Jahren mehr Kriminalitätsfurcht äußern als ältere Frauen, während sich bei den Männern die über 60jährigen am meisten fürchten. Die unterschiedliche Einschätzung der Sicherheit der eigenen Wohngegend durch Männer und Frauen nimmt jedoch mit zunehmendem Alter ab. In der jüngsten Altersgruppe äußern 15 Prozent der männlichen gegenüber 49 Prozent der weiblichen Befragten Kriminalitätsfurcht, in der ältesten noch 20 Prozent der Männer gegenüber 43 Prozent der Frauen. Während bei den Älteren vermutlich vor allem die Bedrohung durch Raub und Einbruch die Einschätzung des Sicherheitsgefühls der eigenen Wohngegend bestimmt, ist dies bei den jüngeren Frauen die Furcht vor Sexualdelikten. Die Merkmale Alter und Geschlecht indizieren demnach eine differentielle Verletzbarkeit und die individuelle Einschätzung persönlicher Fähigkeiten zur Gefahrenabwehr.

Die mit der Gemeindegröße steigende Bedrohungswahrnehmung durch Eigentums- und Gewaltdelikte, korrespondiert mit der faktischen Kriminalitätsbelastung. Mehrals

zweimal so viele Großstadtbewohner wie Einwohner von kleinen Gemeinden nehmen eine zumindest starke persönliche Bedrohung durch Einbruch, Raub oder Körperverletzung wahr. Auch die Furcht vor gewaltsamer Straßenkriminalität nimmt mit der Gemeindegröße zu. Nach Ergebnissen des ALLBUS 1990 geben 19 Prozent der Bürger von Gemeinden unter 20.000 Einwohnern aber 45 Prozent der Großstadtbewohner an, sich in der engeren Umgebung ihrer Wohnung unsicher zu fühlen.

Seit 1991 geringere Zufriedenheit mit dem Schutz vor Kriminalität

Bereits 1990 machte sich ein möglicher Einfluß veränderter politischer und geographischer Bedingungen auf die objektive Kriminalitätsbelastung bemerkbar. Der Anstieg der Gesamtkriminalität von 1989 auf 1990 war zu einem Großteil bedingt durch eine Sonderentwicklung (West-)Berlins. Auch 1991 ist insgesamt wieder eine Zunahme der Kriminalität zu verzeichnen. Für die 10 vergleichbaren alten Bundesländer weist die amtliche Kriminalstatistik seit 1990 eine deutliche Zunahme von gewaltsamer Straßenkriminalität und Kraftfahrzeugdelikten aus. Desgleichen

ist für Ostdeutschland ein Anstieg der Kriminalität bei Einbruch, Diebstahl und Raub festzustellen, auch wenn nach offiziellen Einschätzungen das Westniveau bei weitem (noch) nicht erreicht wird.

Auch die subjektive Einschätzung der Sicherheitslage hat sich im Verlauf der letzten beiden Jahre verändert. So ist die positive Bewertung der Öffentlichen Sicherheit seit der Wiedervereinigung gesunken (vgl. nochmals Tabelle 1). Während im Frühjahr 1990 noch jeweils eine Mehrheit der Befragten in der Bundesrepublik bzw. der DDR mit dem Schutz der Bürger vor Kriminalität sehr oder eher zufrieden war, sinkt dieser Anteil in den alten Bundesländern bis 1992 auf 48 Prozent. In den neuen Bundesländern sind bereits 1991 nur 15 Prozent der Bürger mit der Öffentlichen Sicherheit zufrieden, 1992 ist es noch jeder Zehnte.

Ostdeutsche fühlen sich stärker bedroht als Westdeutsche

Während die allgemeine Zufriedenheit mit der Öffentlichen Sicherheit seit der Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland sinkt, hat sich die Einschätzung der

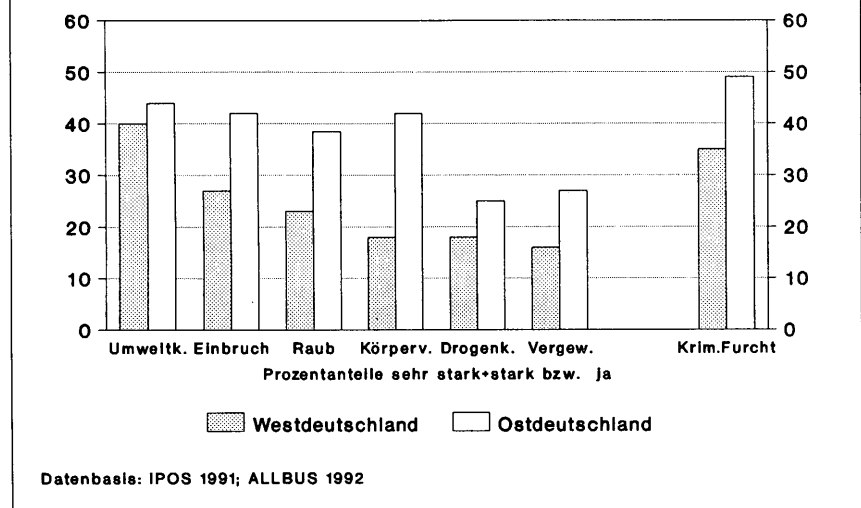
individuellen Gefährdung in den alten Bundesländern kaum verändert. Die Wahrnehmung einer eher starken persönlichen Bedrohung durch Einbruch, Körperverletzung, Raub oder Vergewaltigung ist 1991 im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig um 1 bis 4 Prozent gestiegen. Auch die Kriminalitätsfurcht hat 1992 im Vergleich zu 1990 etwas zugenommen und liegt jetzt bei 36 Prozent. Betroffen sind davon jedoch ausschließlich Frauen, von denen 53 Prozent - 8 Prozentpunkte mehr als 1990 - Furcht vor Kriminalität äußern.

Gegenüber Westdeutschland sieht sich in Ostdeutschland ein wesentlich größerer Anteil der Bevölkerung insbesondere durch Eigentums- und Gewaltdelikte bedroht (Graphik 4). Während die Wahrnehmung einer persönlichen Bedrohung durch Umwelt- und Rauschgiftkriminalität 1991 in den neuen und alten Bundesländern nur um 4 bzw. 7 Prozent differiert, fühlen sich um bis zu 20 Prozent mehr Ost- als Westdeutsche durch Einbruch, Raub, Körperverletzung oder Vergewaltigung in besonderem Maße persönlich bedroht. Auch die Sicherheit der näheren Umgebung wird von den Ostdeutschen schlechter beurteilt: fast jeder Zweite fürchtet sich 1992 vor gewaltsamer Straßenkriminalität in der näheren Umgebung, rund 15 Prozent mehr als in Westdeutschland. Die Verhältnisse zwischen den Geschlechtern und Altersgruppen sind denen im Westen vergleichbar, während die Gemeindegröße in Ostdeutschland keine Rolle spielt.

Angesichts einer noch im Aufbau befindlichen Polizei fühlen sich die Ostdeutschen in der Öffentlichkeit anscheinend nur unzureichend vor Kriminalität geschützt. Der Anstieg im Bereich wohlfahrtsrelevanter Delikte sowie die insgesamt erhöhte Sichtbarkeit von Kriminalität in den Medien scheinen den Eindruck einer massiven Beunruhigung und Bedrohung in Ostdeutschland zu beeinflussen. Zudem werden die Veränderungen in fast allen Lebensbereichen und eine damit einhergehende generelle Verunsicherung, die Kriminalitätsfurcht der Ostdeutschen vermutlich noch verstärken.

Susanne Bahl
(Tel.: 0621/18004-25)

Graphik 4
Bedrohungswahrnehmung durch Kriminalität
im vereinten Deutschland



Kommunale Sozialberichterstattung

Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren

Am 29. und 30. Oktober 1992 fand in Mannheim ein Workshop mit dem Thema „Kommunale Sozialberichterstattung“ statt, der von der Abteilung Soziale Indikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) veranstaltet wurde. Der Workshop stieß auf ein außerordentlich großes Interesse und wurde von über sechzig Teilnehmern besucht. In seiner Begrüßung wies Heinz-Herbert Noll (ZUMA) auf die gestiegene und weiter wachsende Bedeutung der kommunalen Sozialberichterstattung als Grundlage einer bedarfsgerechten städtischen Sozialplanung hin. Anschließend gab K.H. Simon (Wiesbaden) einen Überblick über die verschiedenartigen Ziele, Anforderungen und Konzepte der kommunalen Sozialberichterstattung. Über das Raubeobachtungssystem der Bundesanstalt für Länderkunde und Raumordnung (BfLR) als Informationsquelle vergleichender kommunaler Sozialberichterstattung informierte H. Janich (Bonn).

Der folgende Themenblock war der kommunalen Sozialberichterstattung in einzelnen Städten gewidmet: Zunächst referierte R. Schulmeyer (Köln) über Konzeption und wichtige Ergebnisse der Sozialberichterstattung in Köln. Am Beispiel der Stadt Dortmund informierte W. Bick (Duisburg)

über Bürgerbefragungen als bewährtes Instrument der kommunalen Sozialberichterstattung. F. Beuels (Essen) berichtete dann anhand der Bürgerumfrage 1991 über ausgewählte Aspekte der Lebensbedingungen in Essen.

Der nächste Themenblock befaßte sich mit der kommunalen Sozialberichterstattung in verschiedenen politischen Handlungs- und Problemfeldern. Zunächst behandelte W. Hanesch (Mönchengladbach) den Bereich der Armut und der Armutsberichterstattung in Kommunen. Anschließend referierte K. Simons (Saarbrücken) über die Notwendigkeit einer Revision der Sozialhilfestatistik, um sie als Informationssystem der kommunalen Sozialberichterstattung nutzen zu können. U. Altmann (Saarbrücken) berichtete dann über Lebenslagen älterer Menschen als Gegenstand der kommunalen Sozialberichterstattung. Zum Abschluß des Workshops stellte A. Hinzen (Aachen) verschiedene Ansätze der kommunalen Umweltberichterstattung dar und diskutierte die Möglichkeiten und Chancen eines weiteren Ausbaus dieses Bereichs der kommunalen Sozialberichterstattung.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-29)

Lebensbedingungen in der Europäischen Gemeinschaft gleichensich nur langsam an

Ökonomische und soziale Indikatoren im EG-Vergleich

Die Steigerung der Wohlfahrt in den Mitgliedsländern der Gemeinschaft stellt zwar nicht die einzige, aber doch eine entscheidende Zielsetzung und Legitimationsgrundlage für die Politik der Europäischen Integration dar. Alle Beschlüsse und Maßnahmen müssen sich letztlich auch daran messen lassen, ob sie den sozialen Fortschritt fördern und eine Verbesserung der Lebensbedingungen in den Mitgliedsländern bewirken. Das gilt nicht zuletzt auch für die Herbeiführung des Europäischen Binnenmarktes. Die ungehinderte Mobilität der Produktionsfaktoren ist kein Ziel an sich, sondern soll über eine Optimierung der Ressourcen-Allokation die Produktivität der Wirtschaft erhöhen und sich letztlich in einer Wohlfahrtssteigerung der Bürger aller Mitgliedsländer niederschlagen. In den Beschlüssen von Maastricht wird daher nicht nur „die Förderung eines ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts“ als eines der zentralen Ziele einer Europäischen Union definiert, sondern auch festgestellt, daß es u.a. die Aufgabe der Gemeinschaft sei „ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität“ zu fördern. Es gehört zudem zu den expliziten Zielen der EG-Politik, die sozialen Bedingungen in den Mitgliedsländern anzugleichen und vorhandene Disparitäten der Lebensbedingungen abzubauen, auch und nicht zuletzt deshalb, weil sie eine Bedrohung für die - wie sich gezeigt hat - ohnehin eher diffuse und fragile politische Legitimation der Gemeinschaft darstellen.

Der folgende Beitrag untersucht, wie sich die Länder der Europäischen Gemeinschaft in den Lebensbedingungen und der Lebensqualität, die sie ihren Bürgern bieten, unterscheiden. Dazu werden zunächst für ausgewählte Lebensbereiche und Wohlfahrtsdimensionen einzelne Indikatoren daraufhin betrachtet, welche Niveauunterschiede gegenwärtig zwischen den Ländern bestehen und inwieweit Tendenzen zum Abbau vorhandener Wohlfahrtsdisparitäten zu beobachten sind. Darüber hinaus wird versucht, über verschiedene Lebensbereiche hinweg das durchschnittliche Wohlfahrtsniveau in einem Index zusammenzufassen und die relative Wohlfahrtsposition der einzelnen EG-Länder zu bestimmen. Die Betrachtung konzentriert sich auf die Situation am Ende der achtziger Jahre, weil aktuellere Daten nur in Einzelfällen zur Verfügung stehen. Das impliziert, daß in den Vergleich nur die Bundesrepublik in ihren Grenzen vor der Wiedervereinigung einbezogen werden kann und die neuen Bundesländer dabei unberücksichtigt bleiben müssen.

Wohlstandsgefälle in der EG doppelt so groß wie in den USA

Betrachtet man zunächst das Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung als den gängigsten allgemeinen Indikator für den materiellen Lebensstandard, wird deutlich, wie ausgeprägt die Wohlstandsdisparitäten innerhalb der Gemeinschaft immer noch sind. Das Gefälle ist nach einer Feststellung der EG-Kommission „mindestens doppelt so groß wie in den Vereinigten Staaten“. Insbesondere die sogenannten „Randländer“ Griechenland, Portugal, Irland und Spanien liegen deutlich unter dem EG-Durchschnitt. Das Brutto-Inlandsprodukt und auch die nachfolgend noch genannten Geldgrößen werden in Kaufkraft-Standards ausgewiesen, um nicht nur die verschiedenen Währungen auf einen Nenner zu bringen, sondern auch Preisniveauunterschiede auszugleichen. Sieht man einmal von Luxemburg, dem Land mit dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen, wegen seiner besonderen Situation als internationales Finanzzentrum ab, ist das Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf in Deutschland und Frankreich etwa

doppelt so hoch wie in Griechenland und Portugal, den Ländern mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in der Gemeinschaft (vgl. Tabelle).

Im Hinblick auf den privaten Pro-Kopf-Verbrauch ist das Bild prinzipiell ähnlich, aber auf Grund der unterschiedlichen Anteile des Gesamtprodukts, die auf den Staatsverbrauch und die Ersparnis bzw. Investitionen entfallen, ergeben sich einige signifikante Ranglistenveränderungen. Dänemark fällt beispielsweise, bedingt durch seinen hohen Staatsanteil, bei den privaten Konsum-pro-Kopf-Ausgaben hinter Großbritannien, Belgien und Italien zurück. Während Spanien, Irland und Portugal zwischen 1979 und 1990 ein beachtliches reales Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts pro Kopf erreichten, hat Griechenland über diesen Zeitraum die niedrigste Wachstumsrate aller EG-Länder aufzuweisen und demzufolge weiter an Boden verloren, statt aufzuholen. Gemessen am Variationskoeffizienten (Standardabweichung/arithmetisches Mittel) als einem gebräuchlichen Ungleichheitsmaß, ist das Wohlstandsgefälle innerhalb der EG über den Zeitraum der vergangenen zwanzig Jahre trotz einiger Schwankungen bisher insgesamt nicht kleiner geworden, sondern weitgehend konstant geblieben.

Arbeitsmarktprobleme in Spanien und Irland am größten

Die Erwerbsmöglichkeiten, die sich auf dem Arbeitsmarkt bieten, werden hier an zwei Indikatoren gemessen: Der Arbeitslosenquote und der Differenz zwischen dem Beschäftigungswachstum und dem Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Betrachtet man, um aktuelle Konjunkturf Einflüsse auszuschließen, die durchschnittliche Arbeitslosenquote über den gesamten Zeitraum von 1980 bis 1990, so wird deutlich, daß Spanien und Irland mit Quoten von 18 bzw. 15 Prozent die größten Beschäftigungsprobleme hatten. Aber auch Belgien, die Niederlande, Großbritannien, Italien und Frankreich weisen über diesen Zeitraum eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von annähernd 10 Prozent auf. Am günstigsten schnitten Luxemburg mit einer Arbeitslosenquote von 2,5 Prozent und die Bundesrepublik mit 7,5 Prozent ab. Erstaunlich gut haben sich - gemessen an der Arbeitslosenquote - auch Griechenland und Portugal gehalten, wobei die niedrige Ar-

Indikatoren der Lebensbedingungen in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft

| | Eur12 | B | DK | D | GR | E | F | IRL | I | L | NL | P | GB |
|--|-------|-------------------|------------------|------------------|-------------------|-------------------|-------|-------|------------------|-------------------|-------|-------------------|-------|
| Materieller Lebensstandard | | | | | | | | | | | | | |
| Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen je Einw. 1989 in KKS | 17229 | 17444 | 18487 | 19244 | 9353 | 13324 | 18703 | 11534 | 17841 | 22311 | 17605 | 9452 | 18402 |
| Jährl. Wachstumsrate des realen BIP/Kopf (1979 - 1990) | 1,9 | 2,1 | 1,8 | 1,7 | 1,0 | 2,3 | 1,7 | 3,1 | 2,2 | 2,7 | 1,2 | 2,3 | 1,9 |
| Privater Verbrauch je Einw. 1988 in KKS | 9753 | 10080 | 9231 | 11001 | 5908 | 7444 | 10366 | 5967 | 10048 | 10932 | 9658 | 5570 | 10722 |
| Kraftfahrzeuge je 1000 Einw. - 1989. ¹ 1988 ² 1985 ³ 1987 | | 354 ¹ | 323 | 429 | 127 ² | 293 | 409 | 220 | 424 ³ | 475 | 362 | 155 ³ | 345 |
| Beschäftigungschancen u. Arbeitsbedingungen | | | | | | | | | | | | | |
| Differenz Beschäftigungswachstum u. Wachstum d. erwerbsfähigen Bev. 1979-1989 %-Punkte | -0,2 | 0,2 | 0,2 | -0,3 | 0 | -0,8 | -0,8 | -1,3 | -0,3 | 0,9 | 0,1 | 0 | 0,1 |
| Arbeitslosenquote ø 1980-1990 in % (Vergleichbar nach OECD-Konzept) | 9,5 | 10,4 | 7,4 | 5,7 | 6,7 | 17,9 | 9,0 | 15,2 | 9,3 | 2,5 | 9,9 | 7,1 | 9,5 |
| Tarifl. Jahresarbeitszeit in Std. 1991 (Arbeiter) | | 1739 | 1672 | 1647 | 1840 | 1784 | 1763 | 1817 | 1764 | 1792 | 1709 | 1935 | 1754 |
| Wohnverhältnisse | | | | | | | | | | | | | |
| Wohnungen je 1000 Einw. 1988/89 ¹ 1986 ² 1987 ³ 1981 | | 380 ¹ | 454 | 430 ² | 367 ¹ | 400 ² | 462 | 288 | 388 ³ | 341 ¹ | 555 | - | 403 |
| % - Wohnen i. eigenen Haus oder Eigentums-Wohnung 1989 | 62 | 68 | 69 | 47 | 77 | 77 | 53 | 80 | 70 | 81 | 46 | 61 | 69 |
| Gesundheit | | | | | | | | | | | | | |
| Lebenserwartung bei Geburt in Jahren 1989 - Männer ¹ 1987 ² 1986 | 72,6 | 72,4 | 72,0 | 72,6 | 74,1 ¹ | 73,2 ¹ | 72,5 | 71,0 | 72,6 | 70,6 ² | 73,7 | 70,7 | 72,8 |
| Lebenserwartung bei Geburt in Jahren 1989 - Frauen ¹ 1986 ² 1988 | 79,3 | 79,0 | 77,7 | 79,0 | 78,9 ¹ | 79,8 ¹ | 80,7 | 77,0 | 79,1 | 77,9 ² | 79,9 | 77,6 | 78,4 |
| Perinatale Sterblichkeit je 1000 Geburten - 1989 ¹ 1986 ² 1988 | 9,2 | 10,4 ¹ | 8,7 ² | 6,4 | 9,1 | 10,0 | 8,9 | 9,9 | 11,0 | 9,0 | 9,1 | 14,6 | 9,0 |
| Soziale Sicherung | | | | | | | | | | | | | |
| Sozialschutzleistungen je Einwohner 1988 in KKS | 3775 | 4202 | 4628 | 4959 | 1185 | 2071 | 4582 | 2136 | 3642 | 5089 | 4932 | 1194 | 3563 |
| Wohlbefinden | | | | | | | | | | | | | |
| Lebenszufriedenheit ø 1981-1990 % Zufriedene ¹ 1985-1990 | | 82,4 | 95,1 | 83,4 | 63,3 | 74,5 ¹ | 74,8 | 82,9 | 69,9 | 92,0 | 92,4 | 67,1 ¹ | 85,9 |

Quellen: EG-Kommission; EUROSTAT; OECD; Statistisches Bundesamt u.a. nationale statistische Ämter; eigene Berechnungen.

beitslosigkeit vor allem in Griechenland durch ein sehr geringes Produktivitätswachstum erkauft worden ist.

Ein Beschäftigungswachstum, das das Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung überstieg, war für den Zeitraum von 1979 bis 1989 nur in Luxemburg, Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien zu verzeichnen. In allen anderen Ländern hielt das Beschäftigungswachstum mit dem Wachstum der erwerbsfähigen Bevölkerung nicht Schritt oder glich es allenfalls gerade aus. Am schlechtesten waren die Beschäftigungschancen, auch an diesem Indikator gemessen, in Spanien und Irland.

Die Jahressoll-Arbeitszeit kann als ein Indikator für die Arbeitsbedingungen, aber zugleich auch für die zur Verfügung stehende arbeitsfreie Zeit interpretiert werden. Sie wird neben dem Umfang der Wochenarbeitszeit und der Länge des Urlaubs nicht zuletzt auch von der zwischen den Ländern variierenden Zahl der arbeitsfreien Feiertage bestimmt. Die kürzeste Arbeitszeit innerhalb der EG haben die deutschen Arbeitnehmer mit 1647 Stunden pro Jahr, gefolgt von den Dänen und den Holländern. Die mit Abstand längste Arbeitszeit haben die portugiesischen Arbeitnehmer, die für ein wesentlich geringeres Einkommen pro Jahr fast 300 Stunden, d.h. rund sieben Wochen, länger arbeiten müssen als ihre deutschen Kollegen. Auch im Hinblick auf die Entwicklung der Arbeitszeit haben die Unterschiede zwischen den Ländern nicht abgenommen, sondern sind zwischen 1983 und 1991 eher noch gewachsen.

Wohnungsversorgung am besten in den Niederlanden

Die Zahl der Wohnungen pro 1000 Einwohner ist ein grober und letztlich nur bedingt tauglicher Indikator für die Wohnungsversorgung. Aber selbst Daten zum aktuellen Wohnungsbestand stehen nicht für alle Länder zur Verfügung, und die Vergleichbarkeit erscheint nur bedingt gewährleistet. Folgt man den vorliegenden Zahlen gab es in den Niederlanden am Ende der 80er Jahre mit 555 Wohnungen pro 1000 Einwohner mit Abstand die quantitativ beste Wohnungsversorgung aller EG-Länder, gefolgt von Frankreich und Dänemark. Am schlechtesten ist die Versorgung, gemessen an diesem Indikator, in Irland mit nur 288 Wohnungen pro 1000 Einwohner.

Bei der Beurteilung der Versorgungslage ist allerdings in Rechnung zu stellen, daß bei dieser Betrachtung unterschiedliche Haushaltsgrößenstrukturen, die den Wohnungsbedarf und die Nachfrage wesentlich beeinflussen, unberücksichtigt bleiben. Während die Bundesrepublik bei der Zahl der Wohnungen pro 1000 Einwohner noch einen guten Mittelplatz belegt, schneidet sie bei der Zahl der fertiggestellten Wohnungen pro 1000 Einwohner wesentlich schlechter ab: 1989 belegt sie hier innerhalb der EG nur den vorletzten Platz vor Italien. Ausgesprochen niedrig im Vergleich zu den meisten anderen EG-Ländern ist in der Bundesrepublik mit 47 Prozent auch der Bevölkerungsanteil, der eine Eigentumswohnung oder ein eigenes Haus bewohnt. Unter dem EG-Durchschnitt von 62 Prozent liegen bei dieser Quote neben der Bundesrepublik auch die Niederlande mit 47 Prozent und Frankreich mit 53 Prozent.

Lebenserwartung unabhängig von Gesundheitsausgaben

Die Lebenserwartung bei der Geburt gehört zu den gebräuchlichsten Indikatoren für den Gesundheitszustand der Bevölkerung. Die Unterschiede zwischen den EG-Ländern sind nach wie vor beachtlich, im Verlauf der letzten beiden Jahrzehnte allerdings deutlich kleiner geworden. Bei den Frauen betrug die Spanne 1989 zwischen Frankreich, dem Land mit der höchsten Lebenserwartung von inzwischen über 80 Jahren und Irland, dem Land mit der niedrigsten, immerhin noch 3,7 Jahre. Bei den Männern ist überraschenderweise Griechenland das Land mit der höchsten Lebenserwartung von 74,1 Jahren und Luxemburg, allerdings bezogen auf 1986, das mit der niedrigsten von 70,6. Die Bundesrepublik belegt hinsichtlich der Lebenserwartung sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen jeweils einen mittleren Platz. Zwischen den Geldmitteln, die für die Gesundheit ausgegeben werden und der Lebenserwartung besteht - wie der Vergleich der EG-Länder zeigt - kaum ein Zusammenhang. Offenbar sind andere Aspekte der Lebensverhältnisse für die Länge des Lebens maßgeblicher als ein mehr oder weniger aufwendiges und kostspieliges Gesundheitssystem.

Als ein guter Indikator für die Qualität der medizinischen Versorgung gilt die perinatale Sterblichkeit. Auf diesem Gebiet wurden in allen EG-Ländern innerhalb der letz-

ten zwei Jahrzehnte große Fortschritte verzeichnet, wobei die Disparitäten sich bisher allerdings insgesamt nicht verringert haben. Die größten Fortschritte bei der Verringerung der Säuglingssterblichkeit wurden in der Bundesrepublik erzielt, die 1970 nach Portugal, Italien und Griechenland noch mit die höchste, 1989 dagegen die niedrigste Rate aller EG-Länder aufwies.

Sozialausgaben in den reichen viermal so hoch wie in den armen EG-Ländern

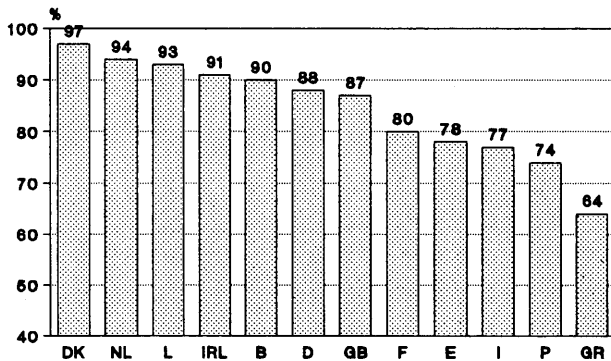
Beachtliche Unterschiede sind nach wie vor auch hinsichtlich des erreichten Standards der sozialen Sicherung festzustellen, wenn man die Ausgaben für Sozialschutz im Sinne des Statistischen Amtes der EG dafür als einen zusammenfassenden Indikator verwendet. Umgerechnet in Kaufkraftparitäten betragen die Sozialleistungen pro Einwohner 1988 in Luxemburg, Deutschland, Holland und Dänemark, d.h. den Ländern mit dem höchsten Ausgaben-niveau das Vierfache dessen, was in Griechenland und Portugal und mehr als das Doppelte dessen, was in Irland und Spanien für die soziale Sicherung aufgewendet wurde. Aber auch Italien und Großbritannien geben für die soziale Sicherung pro Kopf weniger aus als der EG-Durchschnitt. Im Vergleich zu 1970 ist für alle Länder eine erhebliche Expansion der Ausgaben für die soziale Sicherung zu beobachten, aber es läßt sich zugleich auch eine Tendenz zum Abbau der Leistungsunterschiede feststellen. Zurückzuführen ist diese Nivellierungstendenz darauf, daß die Länder mit den am weitesten ausgebauten wohlfahrtsstaatlichen Systemen immer stärker an die Grenzen des Wachstums stießen und in den letzten Jahren vor der Notwendigkeit standen, Ausgaben zu beschränken oder gar abzubauen, während es in den ärmeren Ländern, vor allem Spanien, Portugal und Irland, noch einen erheblichen Nachholbedarf und Expansionstendenzen gibt.

Nord-Süd-Gefälle des subjektiven Wohlbefindens

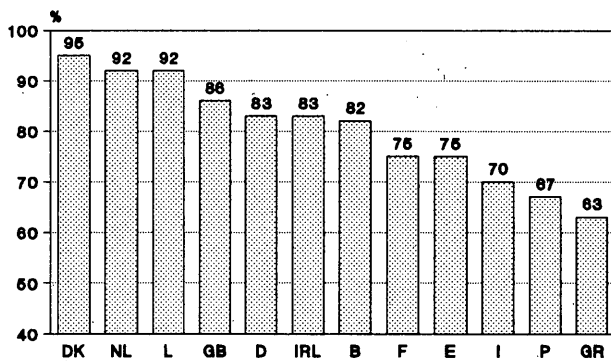
Wohlfahrt umfaßt nicht nur die objektiven Lebensbedingungen, sondern auch das subjektive Wohlbefinden. Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist dafür ein zentraler Indikator. Auf der Basis der im Rahmen der EUROBAROMETER-Befragungen bereits seit den frühen 70er Jahren regelmäßig erhobenen Daten, ergibt sich im Vergleich

Graphik 1

**Lebenszufriedenheit
% Zufriedene 1990**



**Lebenszufriedenheit - % Zufriedene
Durchschnitt 1981 - 1990**



Datenbasis: Eurostat

der EG-Länder ein relativ klares Muster höherer oder niedrigerer Zufriedenheitsniveaus. Dieses Muster kommt am deutlichsten zum Ausdruck, wenn die durchschnittlichen Anteile der Zufriedenen über einen längeren Zeitraum betrachtet werden, um sie von kurzfristigen Schwankungen zu bereinigen. Im Durchschnitt der Jahre 1981 bis 1990 ergibt sich für drei Länder, Dänemark, die Niederlande und Luxemburg, ein Anteil von über 90 Prozent derjenigen, die mit ihrem Leben insgesamt zufrieden sind (Graphik 1). Zufriedenheitsanteile von 82 bis 86 Prozent ergeben sich für Großbritannien, die Bundesrepublik, Irland und Belgien, während eine dritte, mehrheitlich südeuropäische Ländergruppe, mit Frankreich, Spanien, Italien, Portugal und Griechenland auf deutlich niedrigere Anteile von 63

bis 75 Prozent der mit ihrem Leben Zufriedenen kommt. Dieses Muster ist über die Zeit weitgehend stabil, auch wenn für die einzelnen Länder durchaus Veränderungen im Zeitablauf zu beobachten sind. Bemerkenswert ist vor allem die beachtliche Zunahme des Anteils der Zufriedenen, die in den letzten Jahren in allen südeuropäischen Ländern zu verzeichnen war.

Für das an der Lebenszufriedenheit abzulesende Wohlbefindlichkeitsgefälle zwischen den Ländern der EG sind verschiedene Erklärungen angeboten worden, die aber noch viele Fragen offen lassen: Obwohl von manchen bestritten, ist ein positiver Zusammenhang zwischen dem subjektiven Wohlbefinden und dem materiellen Wohlstandsniveau relativ klar erkennbar: Je hö-

her der Wohlstand eines Landes, desto größer ist der Tendenz nach auch der Anteil der Zufriedenen (Graphik 2). Allerdings gibt es Länder, wie Irland, die Niederlande und Dänemark, deren Bevölkerung zufriedener ist und andere, wie Italien und Frankreich, wo sie weniger zufrieden ist, als es dem Niveau des materiellen Wohlstands entsprechen würde.

Zusammenfassender Index: Lebensbedingungen in der Bundesrepublik am besten

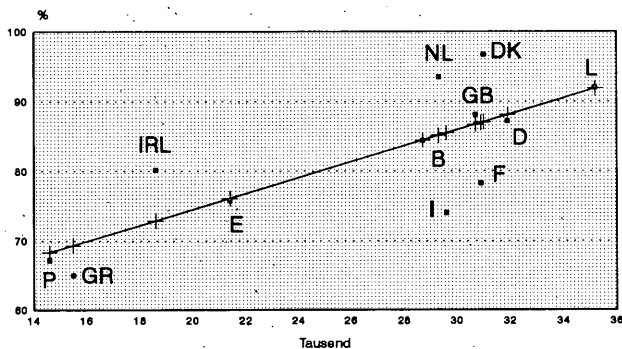
So notwendig einerseits eine detaillierte und eine Vielzahl von Wohlfahrtsdimensionen umfassende Betrachtung einzelner Indikatoren ist, um zu einer differenzierten Beurteilung der Lebensverhältnisse zu kommen, so sehr steht diese Vorgehensweise doch auch im Widerspruch zu der Erwartung, eine möglichst einfache und eindeutige Antwort auf die Frage zu erhalten, wo es sich in Europa besser oder schlechter leben läßt.

Im Rahmen des Human-Development-Programms der Vereinten Nationen wird dieser Erwartung mittlerweile durch die Konstruktion eines Human-Development-Index Rechnung getragen, der auf drei Einzelindikatoren basiert: Dem Brutto-Inlandsprodukt pro Kopf, der Lebenserwartung und der Analphabetismusrate bzw. der Anzahl der Schuljahre. Was diesen Index für einen Vergleich der EG-Länder untereinander ungeeignet erscheinen läßt, ist sein geringes Differenzierungsvermögen für Länder auf einem hohen Niveau der sozio-ökonomischen Entwicklung. Gemessen an den Werten des Human-Development-Index liegen alle EG-Länder nahe beisammen, und lediglich Portugal fällt - aufgrund seiner hohen Analphabetismusrate - deutlich hinter die übrigen zurück.

Der folgende Versuch einer Synthese geht anders als der Human-Development-Index, der sich an der Spanne zwischen den höchsten und niedrigsten Werten aller UN-Mitgliedsländer orientiert, vom Durchschnitt der EG-Länder als Bezugsgröße aus. Die Indikatoren, die in die Berechnung des synthetischen Index einbezogen werden, sind das Volkseinkommen je Einwohner des Jahres 1988, die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Jahre 1980 bis 1990, die Jahres-Soll-Arbeitszeit 1990, die mittlere Lebenserwartung der Frauen 1989, die perinatale Sterblichkeit 1989 und die Sozial-

Graphik 2

Lebenszufriedenheit nach Bruttoinlandsprodukt/Kopf



Datenbasis: Eurobarometer, Statistisches Bundesamt

chungen nach oben oder unten an. Deutlich negativ vom EG-Durchschnitt weichen dagegen auch in dieser Gesamtbetrachtung die Lebensbedingungen in Spanien, Griechenland, Irland und Portugal ab. Ob die Lebenszufriedenheit in die Index-Berechnung einbezogen wird oder nicht, hat nur wenig Einfluß auf die Rangfolge. Läßt man die subjektive Komponente außer acht, verbessert sich lediglich Frankreich vom fünften auf den dritten Rang und Spanien fällt hinter Griechenland vom neunten auf den zehnten Rang zurück.

Auch wenn sämtliche Mitgliedsstaaten der EG im Laufe der Zeit beachtliche Verbesserungen der Lebensbedingungen verbuchen konnten und der Wandel in dieselbe Richtung ging, ist das Wohlfahrtsgefälle immer noch beträchtlich. Das Ziel, die kulturelle Vielfalt zu erhalten, aber Unterschiede im Lebensstandard und in der Lebensqualität abzubauen, ist - wie die vorliegenden Befunde zeigen - noch lange nicht erreicht. Die Beobachtung, wie schwierig es für die ärmeren EG-Länder ist, Anschluß an das hohe Lebensniveau der reichen zu finden, läßt auch Rückschlüsse darauf zu, wie langwierig sich der Prozeß der Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland noch gestalten könnte.

Heinz-Herbert Noll
(Tel.: 0621/18004-48)

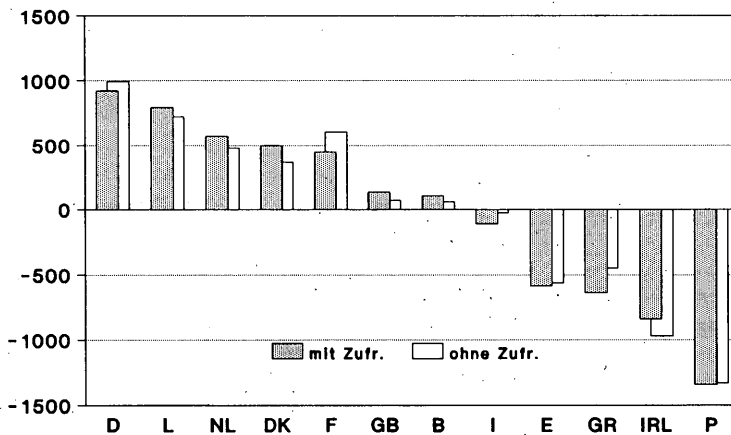
leistungen je Einwohner 1988. Eine zweite Variante berücksichtigt darüber hinaus die Lebenszufriedenheit für das Jahr 1989. Ausschlaggebend für die Auswahl sind nicht nur systematisch inhaltliche Überlegungen, sondern zum Teil auch pragmatische Gründe: Es konnten nur Indikatoren berücksichtigt werden, für die aktuelle und hinreichend vergleichbare empirische Daten für sämtliche Länder zur Verfügung stehen.

burg. Deutlich über dem EG-Durchschnitt liegen auch die Lebensbedingungen der Holländer, Dänen und Franzosen. Für eine dritte Ländergruppe, die Großbritannien, Belgien und Italien umfaßt, zeigt der Index ein in etwa dem Durchschnitt entsprechendes Wohlfahrtsniveau mit geringen Abwei-

Das der Berechnung des Index zugrunde liegende Verfahren besteht aus vier Schritten: (1) für jeden einzelnen Indikator und jedes Land werden die Abweichung von dem gleich 100 gesetzten EG-Durchschnitt berechnet; (2) die Abweichungen werden unter Wohlfahrtsgesichtspunkten als positiv oder negativ bewertet und mit einem entsprechenden Vorzeichen versehen und (3) einer Z-Transformation unterworfen, um die unterschiedliche Streuung der einzelnen Indikatoren zu standardisieren; (4) die Z-Werte werden durch die Berechnung des arithmetischen Mittels zu einem Gesamtindex zusammengefaßt, in den alle Einzelindikatoren mit dem gleichen Gewicht eingehen.

Wie Graphik 3 dokumentiert, finden die Bürger der Bundesrepublik Deutschland gemessen an diesem Index - innerhalb der europäischen Gemeinschaft die besten Lebensbedingungen vor, gefolgt von Luxem-

Graphik 3
Lebensbedingungen in den EG-Ländern
Synthetischer Index



Recent Social Trends in West Germany 1960-1990

Ein Datenhandbuch zum sozialen Wandel

Mit „Recent Social Trends“ liegt ein neuartiges Handbuch über die Wandlungsprozesse der westdeutschen Gesellschaft vor. Es enthält eine theorie- und problemorientierte Auswahl von Zeitreihendaten und verbindet die datengestützte Beschreibung wichtiger Trends mit qualitativen und theoriegeleiteten Aussagen über den sozialen Wandel in Westdeutschland. In der überwiegenden Zahl der Trends berichtet der Band über die bundesdeutsche Gesellschaft seit ihrer Gründung. Bedingt durch den unvorhergesehenen historischen Umstand der Vereinigung Deutschlands wird damit die gesamte Zeitspanne der Existenz der alten Bundesrepublik abgedeckt.

Gegenstand von „Recent Social Trends in West Germany“ ist die Beschreibung und Interpretation der wichtigsten Tendenzen des sozialen und kulturellen Wandels. Die Analysen umfassen insgesamt 78 Trend-Dimensionen, gegliedert in 17 Bereiche, wie z.B. Arbeit, soziale Schichtung, Staat und wohlfahrtsstaatliche Institutionen, Lebensstile, Freizeit, Bildung, Integration und Marginalisierung, Einstellungen und Werte. Zu jedem einzelnen der 78 Trends enthält der Report eine Kurzdarstellung, einen etwa dreiseitigen erläuternden und interpretierenden Text, eine Zusammenstellung von statistischen Zeitreihen in Form von Tabellen oder Graphiken sowie eine Bibliographie. Diese Gliederung gibt dem Band den Charakter eines Daten-Handbuches, das dem Leser eine schnelle Orientierung über Teilbereiche der gesellschaftlichen Entwicklung erlaubt.

Die Periode des sozialen Wandels in Westdeutschland, die der Band dokumentiert, ist durch eine Vielzahl von zum Teil widersprüchlichen Trends gekennzeichnet, die größtenteils Entwicklungen entsprechen, wie sie auch in Nordamerika und in anderen fortgeschrittenen westeuropäischen Gesellschaften zu beobachten sind. Dazu gehört u.a. das stetige Wachstum von Einkommen und Konsum, aber auch eine Zunahme der Armut speziell in den achtziger Jahren; eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine spektakuläre Ausweitung der Freizeit; eine starke Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit und

eine Umschichtung von der „blue-collar“- zur „white-collar“-Beschäftigung; die Auflösung alter Klassenloyalitäten und die Individualisierung von Lebensstilen; eine massive Bildungsexpansion, die Legitimation nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften sowie die Abschwächung alter und die Entstehung neuer Tabus.

Hervorgegangen ist der Band aus dem internationalen Projekt „Comparative Charting of Social Change in Advanced Industrial Societies“, das sich der vergleichenden Analyse des sozialen Wandels in industrialisierten Ländern widmet und von einem internationalen Forscherteam aus mehreren Ländern bearbeitet wird.

Gleichartig konzipierte und identisch gegliederte Trendreports über Frankreich, Quebec, die Vereinigten Staaten und Spanien liegen bereits vor oder sind im Erscheinen; andere Länderreports über Griechenland und Rußland sind in Vorbereitung.

Inhaltlich zielt das Projekt „Comparative Charting of Social Change in Advanced Industrial Societies“ darauf ab, auf der Basis eines einheitlichen und gemeinsam erarbeiteten Beobachtungsrasters Trends des sozialen Wandels empirisch zu rekonstruieren und zu vergleichen. Die weitgehend fertiggestellten nationalen Trendreports bilden die Grundlage für die vergleichende Analyse der entsprechenden Länder im Hinblick auf Übereinstimmungen und Unterschiede in Richtung, Geschwindigkeit und Intensität von Wandlungsprozessen. Ein Band mit vergleichenden Trendanalysen zu sozialen Konflikten, Familie, Kirche, Soziale Bewegungen, Arbeitsmarkt und anderen Aspekten des strukturellen und institutionellen Wandels in Deutschland, Frankreich, USA und Quebec ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich 1993 erscheinen. Eine dritte Arbeitsphase des Projekts sieht vor, Zusammenhänge zwischen verschiedenen Dimensionen des sozialen Wandels sowie von internen Regulationsmechanismen und externen Einflußfaktoren zu untersuchen. Das Ziel besteht dabei darin, Theoriekonzepte sozialen Wandels mittlerer Reichweite zu entwer-

fen. Dem selbstgesetzten Anspruch, im Bereich der international vergleichenden Forschung die Kluft zwischen „Empirie“ und „Theorie- und Modellbildung“ zu überwinden, ist das Projekt durch die veröffentlichten Länderreports und die vergleichenden Analysen bereits ein gutes Stück näher gekommen.

Wolfgang Glatzer, Karl Otto Hondrich, Heinz-Herbert Noll, Karin Stiehr, Barbara Wörndl, *Recent Social Trends in West Germany 1960-1990*. Frankfurt a.M. (Campus Verlag); Montreal et.al. (McGill-Queen's University Press) 1992. 549 Seiten. ISBN 3-593-34402-5 (Campus); 0-7735-0909-7 (McGill). 88,— DM.

Barbara Wörndl
J.W. Goethe-Universität Frankfurt
(Tel.: 069/798-3966)

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 12 21 55
D-6800 Mannheim
Telefon: (06 21) 1 80 04 - 0
Telefax: (06 21) 1 80 04 - 49

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:

Erich Wiegand

Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH
Maximilianstraße 31
6730 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X